Eckpunkte der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

gemäß § 23 Abs. 1, erste Alt. GKG

zwischen den Städten und Gemeinden Ascheberg, Billerbeck, Coesfeld, Dülmen, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Rosendahl und Senden (nachfolgend „Beteiligte“)

Aufgabenübernahme

Die Stadt Lüdinghausen übernimmt die Aufgabe der Sammlung und Beförderung von Abfällen (Bezeichnung) der übrigen Beteiligten ab dem 1. Januar 2004 in ihre Zuständigkeit, die Aufgabe der Sammlung und Beförderung von Abfällen (genaue Bezeichnung) der Stadt Dülmen und der Gemeinde Nottuln allerdings erst ab dem 1. Januar 2006 aufgrund der insoweit bestehenden vertraglichen Bindung an den derzeitigen Dienstleister.

Anbahnung und Abschluss von Entsorgungsverträgen

Die Stadt Lüdinghausen wird – soweit rechtlich erforderlich – die erforderlichen Verträge einem Vergabeverfahren unterziehen und abschließen. Für Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens kann sie nach gemeinsamer Beschlussfassung externen Sachverständigen hinzuziehen. Die insoweit entstehenden Kosten werden gemeinsam getragen.

Grundsätze der Ausschreibung

Die Preise werden auf die jeweiligen Gemeindegebiete bezogen abgefragt. Die derzeitigen Regelungen in den einzelnen Satzungen werden nicht berührt. Die Leistung soll für höchstens sieben Jahre ausgeschrieben werden. Der Zuschlag ist auf das insgesamt wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.

Beirat

Es soll ein Beirat gebildet werden, der die Mitwirkungsrechte sämtlicher Beteiligten sichert und der vor einem Katalog von Entscheidungen durch die Stadt Lüdinghausen seine Zustimmung erteilen muss. Dazu gehört insbesondere der Abschluss und die Kündigung von Verträgen mit dem Dienstleister.

Gebührenhoheit

Die Gebührenhoheit der Beteiligten wird nicht berührt.

Kosten der Abfallsammlung

Es ist beabsichtigt, dass der auszuwählende Dienstleister seine Rechnungen direkt an die jeweiligen Beteiligten stellt, in deren Gemeindegebiet er Leistungen erbracht hat. Die Beteiligten sind zur Prüfung der Rechnungen und soweit keine Einwendungen bestehen auch zur Zahlung verpflichtet.

Verwaltungskosten

Aufgrund des Gesetzes für die kommunale Gemeinschaftsarbeit sind der Stadt Lüdinghausen die entstehenden Verwaltungskosten zu ersetzen. Da davon ausgegangen werden kann, dass nach Abschluss des Entsorgungsvertrages aufgrund des Modells der direkten Abrechnung mit den einzelnen Beteiligten kein erheblicher Verwaltungsaufwand mehr entsteht, sollen die Kosten auf Basis der KGSt-Personalkostentabelle für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst nach Stunden abgerechnet werden.

Dauer

Die Aufgabenübernahme endet mit Ablauf des mit dem Dienstleister geschlossenen Vertrags, also bei einer Ausschreibung über einen Zeitraum von 7 Jahren am 31. Dezember 2010.

Abweichende Vereinbarungen

Abweichende Vereinbarungen von der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sind nur zulässig, wenn sämtliche Beiratsmitglieder zustimmen.